

## **RDJ-Stellungnahme zum Resolutionsvorschlag zur „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“**

Der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) bedankt sich für die Möglichkeit, Stellung zum Resolutionsvorschlag „Proposition de résolution visant la mise en place d’une Conférence interministérielle Jeunesse chargée d’élaborer un plan de soutien aux jeunes touchés par la crise du COVID-19“, eingereicht durch Frau Sophie Rohonyi und Herrn François De Smet am 24. Februar 2021, zu beziehen.

Zu Beginn unterstreicht der Jugendrat die verschiedenen Zitate und Studien, die zum Hintergrund des Resolutionsvorschlages genannt werden. Auch uns als Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind vergleichbare Feststellungen bekannt, die wir auch in unseren bereits veröffentlichten Stellungnahmen zur Situation der Jugendlichen und der Jugendarbeit in Zeiten von Corona (April 2020<sup>1</sup> und Februar 2021<sup>2</sup>) beschrieben haben. Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie bei Jugendlichen führen u.a. zu Vereinsamung, Depressionen, gesteigertem Suchtverhalten, Angstzuständen und Bildungsbenachteiligung. Junge Menschen fühlen sich in Zeiten der Pandemie von der Politik ausschließlich als SchülerIn/StudentIn/Lehrling wahrgenommen und besonders die Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen wurde komplett vergessen.

Deswegen hat der RDJ die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Februar 2021 gebeten, proaktiv und langfristig zu reagieren. Auch das Europäische Jugendforum bittet die Nationalstaaten und die Europäische Union in seiner Veröffentlichung „Beyond the pandemic: The impact of COVID-19 on young people in Europe“ (Moxon, Bacalso & Serban, Juni 2021)<sup>3</sup>, u.a. Unterstützungspläne zu entwickeln, die sich mit den langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Jugendlichen befassen. Darum begrüßt der RDJ die Initiative des o.g. Resolutionsvorschlags, mit dem solch ein Plan auf föderaler Ebene entwickelt und umgesetzt werden soll, der allen jungen Menschen in Belgien zu Gute kommt.

Zu Beginn möchte der RDJ darauf hinweisen, dass die Altersgrenze im Resolutionsvorschlag auf 25 Jahre begrenzt ist, aber auch die Altersgruppe zwischen 26 und 30 Jahren mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen hat. Als Noch-Studierende oder Berufsanfänger haben sie vielleicht im vergangenen Jahr ihr Studium mit digitalen Vorlesungen beendet, konnten keine Praktika absolvieren

---

<sup>1</sup> RDJ-Stellungnahme zum Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von COVID-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/2020-rdj-stellungnahme-der-einfluss-der-federalen-manahmen-im-rahmen-von-covid-19-auf-jugendliche-der-deutschsprachigen-gemeinschaft.pdf>

<sup>2</sup> RDJ-Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/2021-stellungnahme-im-sonderausschuss-covid-19-des-rdj.pdf>

<sup>3</sup> Der vollständige Bericht des Europäischen Jugendforums ist zu finden unter: <https://www.youthforum.org/sites/default/files/publication-pdfs/European%20Youth%20Forum%20Report%20v1.2.pdf>

und müssen sich jetzt trotzdem ohne zugängliche Unterstützungsangebote auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Auch diese Zielgruppe darf nicht auf der Strecke bleiben und muss bei einem Unterstützungsplan für Jugendliche berücksichtigt werden.

Der RDJ befürwortet die in Punkt 1 des Resolutionsvorschlages aufgeführte Idee einer interministeriellen Jugendkonferenz. Es stellt ein Mehrwert dar, beim Austausch von guten Beispielen oder Herausforderungen unter den Regionen und Gemeinschaften, voneinander zu lernen. Trotzdem stellt sich der RDJ die Frage nach dem Ziel der Jugendkonferenz: Werden dort dann die in Punkt 2 beschriebenen Initiativen ausgearbeitet? Es ist wichtig, dass dort nicht nur ein Austausch stattfindet, sondern auch ein Endresultat ausgearbeitet wird, durch das die Jugendlichen letztendlich profitieren. Je nach Zielsetzung wäre es auch erforderlich, Experten und Vertreter der Jugend bzw. Jugendarbeit miteinzubeziehen, damit die Realität der Jugendlichen abgebildet wird.

Die Ausarbeitung von Initiativen, die die mentale Gesundheit sowie die soziale, finanzielle, berufliche und schulische Situation der jungen Menschen unterstützen sollen, ist besonders wichtig, um den Folgen der COVID-19-Pandemie auf Jugendliche entgegenzuwirken. Dabei sollte nach Meinung des RDJ ein besonderer Fokus auf junge Menschen aus benachteiligten Lebenswelten und/oder in prekären Situationen gelegt werden. Dazu braucht es leicht zugängliche Initiativen, die alle Jugendliche nutzen können – es darf niemand vergessen werden.

Die Verbesserung des Status junger Menschen, die neu auf dem Arbeitsmarkt sind, und der Bedingungen zum Arbeitslosengeld sind für den RDJ ebenfalls ein wichtiger Bestandteil, um den langfristigen Folgen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Zusätzlich braucht es gezielte Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche (beispielsweise Beihilfen für Unternehmen, um Berufsanfänger oder Personen ohne Diplom einzustellen, s. „La convention du premier emploi“). Der RDJ verweist an dieser Stelle auf das im Juli 2020 veröffentlichte Handbuch „Karriere in Ostbelgien?!“<sup>4</sup>.

Für den RDJ ist der Punkt 4, Jugendinteressensvertretungen, Kinderpsychiater und Experten aus dem Bereich der mentalen Gesundheit an der GEMS-Expertengruppe zu beteiligen, ein Vorschlag, der schon von Anfang der Pandemie an hätte verwirklicht werden müssen. Anstatt über die Jugendlichen sollte mit ihnen entschieden werden. Es muss mit Interessensvertretern und Experten aus dem Jugendbereich gesprochen werden, um die Bedürfnisse, Probleme und Wünsche der Jugendlichen wirklich berücksichtigen zu können. Darum befürwortet der RDJ den Vorschlag für zukünftige Entscheidungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

Auch ist es bei der Ausarbeitung der sanitären Maßnahmen, die Jugendliche betreffen, absolut notwendig, den Status der Impfkampagne in Betracht zu ziehen. Es darf kein Unterschied in der Gesellschaft durch Impfpriorisierung entstehen.

Der RDJ spricht sich für die in Punkt 6 angepasste Kommunikation je nach Zielgruppe aus. In einer Umfrage des hiesigen Jugendinformationszentrum „Jugendinfo“ (Mai 2021)<sup>5</sup> haben die befragten Jugendlichen bei freien Rückmeldungen mitgeteilt, dass sie sich im Informationsüberfluss rund um das Thema Corona nicht mehr zurechtfinden – und sind damit sicherlich nicht die einzige Bevölkerungsgruppe. Der Jugendrat möchte an dieser Stelle betonen, bei der Kommunikation an und

---

<sup>4</sup> Das komplette Handbuch ist zu finden unter: <https://www.rdj.be/wp-content/uploads/rdj-eu-jugenddialog-handbuch-karriere-in-ostbelgienwebversion.pdf>

<sup>5</sup> Die Umfrageergebnisse der Jugendinfo Ostbelgien sind zu finden unter: <https://www.jugendinfo.be/Jugendumfrage%20Corona.php>

mit Jugendlichen auf Niedrigschwelligkeit zu achten, um so auch junge Menschen aus benachteiligten Lebenswelten zu erreichen. Zudem muss nicht nur der Inhalt der Kommunikation an die Zielgruppe angepasst werden, sondern auch das Medium. So können viele Jugendliche über soziale Medien erreicht werden, auch wenn das nicht das einzige Medium bei der Kommunikation bleiben darf. Weitere Möglichkeiten sind Jugendeinrichtungen oder Schulen, denen die Informationen in verständlicher Sprache zur Verfügung gestellt werden sollten, damit diese an junge Menschen weitergeleitet werden können.

Natürlich ist Punkt 7 des Resolutionsvorschlags ein wichtiger Schritt, um einzuschätzen, inwiefern die mentale Gesundheit der Jugendlichen unter den sanitären Maßnahmen leidet. Allerdings reicht es nicht, diesen Einfluss nur zu bestimmen, sondern es müssen entsprechend ausgiebige Unterstützungsmaßnahmen und damit auch deren Finanzierung bereitgestellt werden. Im Bereich der mentalen Gesundheit liegt ein absoluter Bedarf: Laut der o.g. Umfrage von Jugendinfo, geht es den meisten Jugendlichen in Ostbelgien insgesamt schlecht (27%) oder eher schlecht (46%). Zwei von drei Jugendlichen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, insbesondere um die Freizeitgestaltung, ihre mentale Gesundheit und die Erhaltung von Freundschaften. Auch haben Sie Angst, den Anschluss in der Schule zu verlieren oder dass ihre Eltern den Job verlieren könnten. Jeder achte Jugendliche gibt an, dass seine mentale Gesundheit unter der Corona-Krise leidet. Genauso viele Jugendliche leiden an Stress, vermehrter depressiver Stimmung, Einsamkeit oder auch an Schlafstörungen<sup>6</sup>. Diese Zahlen sind alarmierend. Es braucht darum mehr ausgebildetes Personal, mehr Hilfsangebote und mehr Prävention, die zugänglich für alle jungen Menschen in Belgien sind, damit Jugendliche aus ihrer persönlichen Krise herausfinden.

Zum letzten Punkt des Resolutionsvorschlags zur Verbesserung des Status für Jugendliche im Bürgerdienst kann der RDJ keine fundierte Stellung beziehen, weil aufgrund der kurzen Zeit der Ausarbeitung der Stellungnahme die Hintergrundinformationen zum Bürgerdienst fehlen.

Die COVID-19-Pandemie hat es erforderlich gemacht, dass junge Menschen ihre eigenen Ziele, Bedürfnisse und Wünsche aus Solidarität gegenüber ihren Mitmenschen zurückstellen mussten. Damit junge Menschen in Belgien nicht langfristig durch die Auswirkungen der Pandemie benachteiligt werden, steht es für den RDJ außer Frage, dass die Politik die Situation der jungen Menschen berücksichtigt und Unterstützungsmaßnahmen ergreift, die für ALLE Jugendlichen zugänglich sind. Aus diesem Grund hält der RDJ einen föderalen Plan zur Unterstützung der Jugendlichen, die von der Corona-Krise betroffen sind, als eine bedeutende, notwendige und unabdingbare Maßnahme.

Der Verwaltungsrat des Rates der deutschsprachigen Jugend (RDJ)

---

<sup>6</sup> Alle Zahlen sind den Umfrageergebnissen von Jugendinfo Ostbelgien zu entnehmen:  
<https://www.jugendinfo.be/Jugendumfrage%20Corona.php>